

Gefährdete Religionsfreiheit

Staat, Islam und Christen in Malaysia

Im wirtschaftlich prosperierenden und politisch stabilen Malaysia stellen die Muslime fast die Hälfte der Bevölkerung und sind damit die weitaus stärkste religiöse Gruppe. Für das politisch privilegierte Staatsvolk der Malaien gehört der Islam zur kulturellen Identität. Dementsprechend gelten trotz formell garantierter Religionsfreiheit Einschränkungen für die nichtmuslimischen Religionsgemeinschaften, nicht zuletzt für die christlichen Kirchen. Ihnen gehören zusammen etwa 6,5 Prozent der Bevölkerung an.

Als Wirtschaftsmacht gehört Malaysia zu den am stärksten wachsenden Volkswirtschaften in Asien. Es wird zwar nicht zum Kreis der „Vier Drachen“ gerechnet, ist aber durchaus dabei, den Anschluß an Südkorea, Hong Kong, Taiwan und Singapur zu finden. Zwischen 1988 und 1992 wuchs die malaysische Wirtschaft jährlich im Durchschnitt um 8,9 Prozent, das Pro-Kopf-Einkommen stieg im gleichen Zeitraum von 1953 auf 2 920 US-\$. Am meisten profitiert hat davon die Mittelklasse, die an Zahl und Reichtum stark gewachsen ist. Als weltgrößter Produzent von Zinn, Kautschuck und Palmöl verfügt Malaysia über entsprechende Rohstoffe, um sich aus eigener Kraft einen Platz unter den Wirtschaftsmächten Asiens zu verschaffen.

Malaysia hat etliche Jahre die sog. „neue Wirtschaftspolitik“ (New Economic Policy) betrieben, die dem Land zwar beeindruckende Wirtschaftserfolge, zugleich aber auch beträchtliche gesellschaftliche Probleme brachte. Unter Ministerpräsident *Datuk Seri Mahathir Mohamad* (seit 1981) schwenkte man dann auf eine etwas liberalere Form, die sog. „Neue Entwicklungspolitik“ (New Development Policy) um. Von der neuen Wirtschaftspolitik profitierten am ehesten die Chinesen, die traditionell im Handel und in der Wirtschaft das Sagen haben. Die Malaien besetzen zwar die Schaltstellen der Politik, haben aber von ihrer Lebensweise, Ausbildung und Kultur her nicht gerade die besten Voraussetzungen, um in einer wettbewerbsorientierten Gesellschaft bestehen zu können.

Islam als Bestandteil der kulturellen und sozialen Identität

Seit der Gründung des malaysischen Staatenbundes sind die *Schaffung eines gemeinsamen Nationalbewußtseins* und das Bemühen um nationale Einheit das vorrangige Problem in dieser multi-religiösen, multi-kulturellen und multi-ethnischen Gesellschaft. Das Staatsmotto: „Einheit ist Stärke“ drückt weniger eine Gegebenheit als einen Wunsch aus. Wie in Indien wird auch in Malaysia immer häufiger auf den *Kommunalismus*, d. h. die Auseinandersetzung zwischen Volks-, Sprach- und Religionsgruppen im Kampf um Identität bzw. Vorherrschaft, als eine vorrangige Gefahr für den inneren Frieden des Landes hingewiesen.

Die führende Stellung der „United Malays National Organisation“ (UMNO) ist unangefochten. Die Stellung von Ministerpräsident Mahathir Mohamad ist in den letzten Jahren sowohl intern als auch international immer stärker geworden. Sein Auftritt in Peking zur Zeit der UNO-Menschenrechtskonferenz in Wien im Juni dieses Jahres zeigte, daß Malaysia international eine wichtige Rolle als Sprecher der Länder der Dritten Welt spielen möchte. Mahathir machte sich bei einem gemeinsamen Auftritt mit dem chinesischen Ministerpräsidenten *Li Peng*, der sich nach längerer Krankheit erstmals wieder in der Öffentlichkeit zeigte, weitgehend die chinesische Sprechweise im Hinblick auf die Menschenrechte zu eigen: Demnach sind Menschenrechte immer auch Ausdruck der jeweiligen Kultur, sie sind nie Ziele in sich, sondern nur Mittel zur Erreichung bestimmter Zwecke.

Allerdings ist Mahathir schon 70 Jahre alt und in der UMNO haben schon die ersten Nachfolgekämpfe begonnen. Ende 1993 findet ein Parteikongreß statt, bei der die wichtigste Entscheidung die Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden sein wird, da die Wiederwahl von Mahathir zum Vorsitzenden für weitere zwei Jahre als gesichert gilt. Um den Posten des Stellvertreters ist dagegen ein Wettstreit zwischen dem gegenwärtigen stellvertretenden Ministerpräsidenten *Ghafar Babar* und dem erst 44jährigen Finanzminister *Anwar Ibrahim* ausgebrochen. Dabei werden dem dynamischen Anwar, der als politische Entdeckung Mahathirs gilt, die größeren Chancen eingeräumt, auch wenn er sich offiziell noch gar nicht zur Kandidatur bereit erklärt hat.

Der Staatenbund Malaysia (Federation of Malaysia) umfaßt die Halbinsel Malaysia und die Staaten Sabah und Sarawak im Norden von Borneo. 1985 betrug die Zahl der *Bumiputra* („Söhne des Landes“), die sich im wesentlichen aus den *Malaien* rekrutiert, auf der Halbinsel Malaysia 56,6 Prozent der Bevölkerung, die der Chinesen 32,8 Prozent, der Inder 10,1 Prozent. Mit „Bumiputra“ waren ursprünglich die Malaien und die Stammesbevölkerung in Sabah und Sarawak gemeint. Seit 1971 hat sich aber ein engeres Verständnis des Begriffs durchgesetzt, nach dem nur noch Malaien darunter fallen. Dieses besondere Herausstellen der „Söhne des Landes“ kennzeichnet eine zentrale Problematik des Vielvölkerstaates Malaysia, in dem Chinesen und Inder als später Zugewanderte grundsätzlich nur eine abgeleitete Staatsbürgerschaft ge-

nießen sollen. Die Privilegierung der „Bumiputra“ soll einen Schutzwall gegen die aufkommende Schicht der Chinesen bilden, die in Handel und Wirtschaft immer größeren Einfluß gewinnen. In diesen Bereichen können die Machtverhältnisse aber nur eingeschränkt durch administrative Eingriffe gesteuert werden, wenn man einer liberalen Marktwirtschaft verpflichtet ist. Dagegen läßt sich die Zusammensetzung der Beamtenschaft und lassen sich die politischen Parteien durchaus nach ethnischen Gesichtspunkten beeinflussen. Dies geschieht besonders in Malaysia, wo durch Sonderregelungen und Gesetze bestimmte Staatsämter und -funktionen den „Bumiputra“ vorbehalten sind.

Zugehörigkeit zur malaiischen Volksgruppe bedeutet immer noch so gut wie ausschließlich Zugehörigkeit zum Islam. Den Malaien gilt der Islam als Bestandteil ihrer kulturellen und sozialen Identität. Das traditionelle Brauchtum (adat) in Malaysia ist ganz vom Islam geprägt. Ein Austritt aus dem Islam ist nach dem Religionsverständnis des Islam und der Gleichsetzung von Malaie-Sein mit Zugehörigkeit zum Islam gesetzlich, aber auch psychologisch ausgeschlossen. In Malaysia gilt zwar offiziell Religionsfreiheit, doch jede Missionstätigkeit seitens christlicher Gruppen, die sich direkt an die Muslime wendet, ist gesetzlich verboten. Der Wechsel eines Muslim zu einer anderen Religion ist damit faktisch ausgeschlossen und kann sich eigentlich nur im geheimen bzw. auf dem Weg der Emigration aus Malaysia vollziehen.

In den beiden Teilstaaten auf Borneo sind die „Bumiputra“ von ihrer Volkszugehörigkeit her nicht Malaien, sondern Angehörige verschiedener Stämme, die in den traditionellen Religionen zu Hause sind und sich, sofern sie sich für eine neue Religion entscheiden, in der Mehrzahl zum Christentum und nicht zum Islam bekehren. Dem Islam begegnen sie als der Religion der ehemaligen Eroberer und der Herrscher eher mit Vorbehalten. Durch fragwürdige Proselytenmacherei und Werbemethoden, die an die sog. „Reission“ christlicher Provenienz erinnern, wird in den letzten 25 Jahren im Teilstaat Sabah eine sehr aggressive Mission für den Islam betrieben. Sie richtet sich aber nicht allein an die Angehörigen der traditionellen Religion. Auch Christen werden mit materiellen Anreizen und Druck zur Annahme des Islam aufgefordert. In Sabah liegt der Anteil der „Bumiputra“ bei 84,2 Prozent, die der Chinesen bei 14,9 Prozent, in Sarawak beträgt der Anteil der „Bumiputra“ 70,1 und die der Chinesen 28,7 Prozent.

Politisch dominiert der Ministerpräsident

1981 wurde Datu Seri Mahathir Mohamad Premierminister. Zeitgleich damit begann in Malaysia die Diskussion um die Machtbefugnisse des Premierministers, die der dynamische Mahathir ständig zu erweitern suchte. Seit der Unabhängigkeit Malaysias 1957 und der Bildung des malaysischen Bundesstaates 1963 hat das Land erst vier Premierminister erlebt,

was für politische Stabilität spricht. Regiert wird Malaysia von einer Koalition der nationalen Front (Barisan Nasional), in der die „Vereinte Malaiische Nationale Organisation“ (UMNO) die größte Gruppe stellt. Die UMNO ist eine rein malaiische Partei, zu der andere nationale Gruppen keinen Zutritt haben.

Für Unruhe sorgt gegenwärtig eine Bewegung zur Erreichung des „Bumiputra“-Status unter den etwa 15 000 malaysischen Staatsbürgern portugiesischer Herkunft. Mit Berufung auf mehr als 500 Jahre Aufenthalt im Territorium des heutigen Malaysia fordern sie vollständige Gleichberechtigung mit den „Bumiputra“, die oft wesentlich kürzer im Lande sind. Besondere Schwierigkeiten schafft die Absicht, sich politisch in der UMNO zu engagieren. Für die bisher ausschließlich muslimische Partei ist die Zugehörigkeit von Katholiken bisher noch inakzeptabel. Nur in Sabah und Sarawak haben Nicht-Malaien, darunter auch einige Christen, bisher die Mitgliedschaft in der UMNO erreichen können.

Mahathir trat sein Amt mit dem Slogan „saubere, effiziente und vertrauenswürdige Regierung“ an. Seine Regierung wandte sich in der ersten Phase eindeutig gegen Korruption und Mißwirtschaft, aber nach einiger Zeit begann der innerpartei-

Damit Menschen menschengerecht mit sich und den andern umgehen



Kardinaltugenden

Alte Lebensmaximen - neu gesehen.
Herausgegeben von Norbert Kutschki. 1993.
96 Seiten. DM 19,80 / öS 155,- / SFr. 20.80.
ISBN 3-429-01535-9.

In acht Beiträgen zeigen die Autoren, daß eine auf den Tugenden aufgebaute Ethik, entgegen dem gängigen Verständnis, nicht Gesetz und Pflicht, sondern das moralische Können vor Augen führt.

Die Beiträge sind: Johannes Gründel: Klugheit - Otfried Höffe: Gerechtigkeit - Hanna-Renate Laurien: Tapferkeit - Eberhard Schockenhoff: Maß - Richard Heinzmann: Glaube - Heinrich Fries: Hoffnung - Otto Knoch: Liebe - Eugen Biser: Sich selbst annehmen.



„echter“-Bücher erhalten Sie bei Ihrem Buchhändler!

liche Streit in der UMNO aufs neue, mehrten sich politische Fehlentscheidungen und wurden Fälle von Korruption in der Öffentlichkeit bekannt. Verbunden mit diesen politischen Krisenzeichen war eine ständige Zunahme der Macht des Premierministers. Nach der Verfassung hat der Premier eine starke Stellung, analog zur Position eines englischen Premierministers. In Malaysia ist das Parlament aber wesentlich schwächer als in westlichen Demokratien; die Opposition hat nur wenig Einfluß auf Regierungsentscheidungen. Immerhin konnte sie in den Wahlen von 1990 in zwei Staaten, Sabah und Kelantan, die Mehrheit gewinnen. Mahathir hat seitdem immer wieder versucht, in Sabah die Mehrheit der Opposition rückgängig zu machen. Dabei warf er seinen Gegnern vor, sie wollten ein weiteres Bangladesch schaffen, d. h. auf eine Sezession Sabahs aus dem Staatenverbund Malaysias hinarbeiten. Andere Maßnahmen der Zentralregierung bestanden im Entzug von finanziellen Leistungen aus Bundesmitteln und in Einschränkungen von Exportlizenzen. Seit einiger Zeit läuft gegen den Ministerpräsidenten von Sabah, *Datuk Seri Joseph Parin Kit-tingnan*, ein Gerichtsverfahren wegen Korruption, das die Zentralregierung in Gang gesetzt hat.

In Malaysia ist es mehr als ungewöhnlich, daß Gesetzesvorlagen der Regierung nicht glatt die parlamentarischen Hürden nehmen, die ohnehin nur sehr niedrig angesetzt sind. Nach der Verfassung hat das *Oberste Gericht* des Landes gegenüber der Exekutive eine unabhängige Stellung. Die Ministerpräsidenten vor Mahathir haben diese Gewaltenteilung auch immer respektiert. 1988 kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen der Regierung Mahathir und dem Obersten Gericht, in der es dem Premier gelang, vom König die Amtsenthebung des höchsten Richters zu erreichen, gegen den Vorwürfe wegen Bestechlichkeit erhoben worden waren. Auch andere Richter des Obersten Gerichts mußten damals ihren Hut nehmen. Seit dieser Zeit funktioniert die Gewaltenteilung in Malaysia nicht mehr.

Auch mit dem Amt des *Königs* – ein Wahlamt, das in einem bestimmten Turnus zwischen den neun Sultanen des Landes wechselt – hatte die Regierung Mahathir ihre Schwierigkeiten. Allerdings ist es ihr bis heute nicht gelungen, das höchste Staatsamt auf eine rein zeremonielle Funktion zu beschränken. Immerhin sind erste Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht worden, die Immunität der Sultane aufzuheben und ihnen andere Privilegien zu entziehen. Der oft sehr aufwendige Lebensstil dieser Fürsten verbunden mit weitgehender Mißachtung der Gesetze, die sonst für jedermann gelten, ließen die Sultane viel von ihrem traditionellen Ansehen verlieren.

Ein schleichende Erosion der Religionsfreiheit

Das Verhältnis der Muslime zu den Angehörigen anderer Religionen in Malaysia ist stark beeinflusst von ihrer geschichtlichen Erfahrung während der langen Kolonialzeit. Auch wenn

im heutigen Malaysia der Islam mit etwa 47 Prozent Anteil an der Bevölkerung eindeutig die zahlenmäßig größte Religionsgemeinschaft darstellt, und die Muslime unbestritten die politische Macht in den Händen haben, spielt ein nicht zu übersehender *Minderwertigkeitskomplex* eine große Rolle für ihr Verhalten und ihre Einstellung gegenüber anderen Religionen. Aus einem immer noch vorhandenen Gefühl der Unsicherheit heraus wird der Bewahrung der malaiischen Sicherheit und Wahrung der Würde der malaiischen Rasse ein hoher Stellenwert eingeräumt. „Islam ist die offizielle Religion in Malaysia. Aber Malaysia ist kein islamischer Staat. Immer wieder werden diese Worte den leitenden Personen der anderen nichtislamischen Religionen gegenüber wiederholt, als ob die Muslime nicht nur ihre Zuhörer, sondern auch sich selber überzeugen müßten“. So beginnt ein Artikel eines katholischen Priesters über die Islamisierungsbestrebungen in Malaysia (in: CANews, April 1993, S. 10).

Alle nicht-islamischen Religionsgemeinschaften stoßen immer wieder auf Schwierigkeiten beim Bau von Gebetsstätten, Tempeln und Kirchen. Für den Bau einer Kirche oder eines Tempels müssen mindestens 5000 Gläubige nachgewiesen werden, damit auf einer bestimmten Grundfläche – maximal 2,5 Hektar – gebaut werden darf. Für eine Moschee dagegen sind 850 Benutzer ausreichend und steht eine Fläche von 4,5 Hektar zur Verfügung. Auch bei der Totenbestattung gibt es Schwierigkeiten, wenn religiöse Bestimmungen nicht-islamischer Herkunft berücksichtigt werden sollen. Selbst im Bankwesen spielen islamische Vorstellungen eine Rolle, weil manche Banken dazu übergegangen sind, das islamische Verbot des Zinses zu beachten und ihre Bankgeschäfte jetzt in Übereinstimmung mit islamischen Shariat-Bestimmungen auf der Basis der „Gewinn-Teilhaber“ (profit sharing) abwickeln.

Religiöse Gemeinschaften können Privatschulen unterhalten, denen die Regierung auch Unterstützung aus öffentlichen Mitteln gewährt, solange sie den von ihr vorgegebenen Lehrplan einhalten. Allerdings dürfen sie keinerlei religiöse Unterweisung im Rahmen des normalen Unterrichts erteilen, nur Ethik-Unterricht allgemeiner Art ist ihnen erlaubt. Dagegen ist Unterweisung im Islam für alle Schüler, auch für die nicht-muslimischen, vorgeschrieben und wird während des normalen Unterrichts in allen Schulen als Pflichtfach erteilt.

Die Umwandlung Malaysias in einen islamischen Staat ist bisher nur das Programm der Oppositionspartei, „Parti Islam Sa Malaysia“ (PAS), die das politische Sprachrohr des *fundamentalistischen Islam* in Malaysia ist. Die Tendenzen zur Islamisierung der Gesellschaft finden aber auch unter den Anhängern der UMNO Unterstützung. Die Regierung Mahathir ist sich andererseits durchaus bewußt, daß eine Umwandlung Malaysias in einen offiziell islamischen Staat gegen den starken Widerstand der Nicht-Muslime, immerhin ziemlich genau die Hälfte der Bevölkerung, nur schwer durchzusetzen wäre. In einzelnen Bundesstaaten Malaysias wurden solche Versuche aber schon unternommen, so in Selangor und 1992 in Kelantan.

Die Verfassung Malaysias garantiert Religionsfreiheit für alle vom Staat anerkannten Religionsgemeinschaften. Die offizielle Politik der Regierung zielt darauf ab, den Religionen eine wichtige Rolle in der Bewahrung des inneren Friedens im Vielvölkerstaat zuzubilligen. Dabei kommt dem Islam als der offiziellen Religion des Landes natürlich ein besonderes Gewicht zu, das sich in manchen Sonderrechten und Bevorzungen äußert. Die anderen Religionen werden vom Staat strikt daraufhin kontrolliert, ob sie staatserhaltend wirken oder Verhaltensweisen an den Tag legen, die von der Regierung als *subversiv* angesehen werden. Besonderes Mißfallen seitens der Regierung haben sich Aktionsgruppen der katholischen und der protestantischen Kirchen zugezogen, die sich für soziale Gerechtigkeit in Malaysia einsetzten, theologisch mit dem Gedankengut der Befreiungstheologie liebäugelten und sich auch sonst dem wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung gegenüber kritisch verhielten.

Im Oktober 1987 ließ die Regierung über 100 Personen verhaften, die zu diesen Gruppen gehörten und die der marxistischen Subversion beschuldigt wurden. Die rechtliche Grundlage dafür lieferte ein aus der britischen Kolonialzeit stammendes Gesetz zur Erhaltung der *inneren Sicherheit* (Internal Security Act), das der Regierung weitgehende Freiheit gibt, mit tatsächlichen oder angeblichen subversiven Kräften fertig zu werden. Wie sich nach einigen Monaten herausstellte, hatte die Regierung keine hinreichenden Beweise für ihre Behauptungen und mußte die Verhafteten wieder freilassen. Immerhin hatte die Aktion dazu gedient, die kritischen und auf Veränderung drängenden Kräfte zu verunsichern und einzuschüchtern (vgl. HK Juli 1989, 323). Die Arbeit der christlichen Kirchen auf sozialem Gebiet gehen allerdings weiter. Br. *Anthony Rogers*, der fast zwei Jahre inhaftiert war, nahm nach seiner Entlassung die Arbeit im Rahmen des malaysischen „Office for Human Development“ wieder auf und hat sie durch seine Ernennung zum asiatischen Sekretär mit Sitz in Manila auf ganz Asien ausgeweitet.

Zusammenarbeit von Buddhisten, Christen, Hindu und Sikhs

Ein bezeichnendes Licht auf die interreligiösen Beziehungen in Malaysia wirft das Beratungsgremium von Buddhisten, Christen, Hindu und Sikhs (MCCBCHS), das vor elf Jahren gegründet wurde, um ein Gegengewicht zu den islamisierenden Kräften zu bilden. Bei der letzten Jahresversammlung erklärte der Präsident, *A Vaithilingam*: „Dieses Gremium ist eine einmalige Organisation, nicht allein für Malaysia, sondern wahrscheinlich in der gesamten Welt. Auch wenn wir durch religiöse Bräuche und Praktiken verschieden sind, haben wir doch eng und herzlich miteinander gearbeitet.“ Seitens des Rates wird immer betont, daß man sich um gute Beziehungen zu den muslimischen Führern bemüht und keinesfalls eine religiöse Einheitsfront der übrigen Religionen Malaysias gegen

den dominierenden Islam errichten möchte. Grundsätzlich setze man mehr auf Verhandlungen und Gespräche als auf öffentliche Kundgebungen oder Demonstrationen.

Andererseits ergaben sich in den letzten zehn Jahren Anliegen, in denen kontrovers verhandelt werden mußte. Dazu gehören die überhastete Einführung von Staatsverfassungen in einigen Bundesstaaten Malaysias, in denen Sharia-Gesetze auch auf nicht-muslimische Einwohner ohne jede vorhergehende Konsultation ausgedehnt wurden. Ein anderes Problemfeld ist das Schicksal von Frauen, die ohne jede Unterhaltszahlung verstoßen werden, wenn ihre Männer sich zum Islam bekehren. Gegen die Einführung der Sharia-Gesetzgebung im Bundesstaat Selangor nördlich von Kuala Lumpur 1989 protestierten die katholischen Bischöfe zusammen mit den im Beratungsgremium von Buddhisten, Christen, Hindus und Sikhs zusammengeschlossenen Religionen und hielten Gebetswochen für die Erhaltung der Religionsfreiheit ab. Der langjährige Jesuitenobere in Malaysia und Mitbegründer des interreligiösen Beratungsgremiums, *Paul Tan*, sprach von einer *subtilen Erosion der Religionsfreiheit in Malaysia* in den letzten Jahren für alle nicht-islamischen Religionsgemeinschaften, die nur vereint dagegen Widerstand leisten könnten (Asia Focus, 30.08.91, S. 8).

Die *christlichen Kirchen* in Malaysia stellen die einzigen gesellschaftlichen Gruppen dar, die von ihrem Selbstverständnis her nicht auf eine der im Lande lebenden Volksgruppen beschränkt sind. Am stärksten sind die Christen, die insgesamt in Malaysia 6,5 Prozent der Bevölkerung stellen, in den beiden Staaten Sabah und Sarawak im Norden Borneos vertreten: In Sabah beträgt der Anteil der Christen 20 und in Sarawak sogar 30 Prozent der Bevölkerung. Bestrebungen der christlichen Kirchen – die eigentlich dem Programm der Regierung entsprechen, das malaische Kulturgut, die malaisische Sprache und Tradition in Malaysia an die erste Stelle zu setzen –, sich auf dem Gebiet der Liturgie und der Theologie stärker zu inkulturieren, stießen schnell auf den Widerstand der Muslime. Solange die Kirchen sich des Englischen, Chinesischen oder Tamilischen als Sprache der Liturgie, der Verkündigung und der Theologie bedienten, traten die Gegensätze weniger scharf in Erscheinung.

1982 erließ die Regierung ein Gesetz, das bestimmte, aus dem Arabischen stammende, religiöse Ausdrücke ausschließlich den Muslimen vorbehielt und ihren Gebrauch durch die Angehörigen anderer Religionen verbot. Zu diesen verbotenen Worten gehören immerhin so entscheidende Begriffe wie Allah als Bezeichnung für Gott, salat als Bezeichnung für Liturgie/Gebet und bait Allah für Gotteshaus. Einige Sultanate erließen noch weitergehende Listen und schlossen auch injil (Evangelium), nabi (Prophet), iman (Priester) und doa (privates Gebet) ein.

Für die christlichen Kirchen hat das Verbot zur Folge, daß es offiziell nicht länger erlaubt ist, Bibelübersetzungen, Gebetbücher und theologische Literatur aus Indonesien in Malaysia zu benutzen, was naheliegt, da es von der Sprache zwischen

der *Bahasa Indonesia* und der *Bahasa Malaysia* so gut wie keine Unterschiede gibt. Trotz mehrfacher Eingaben und Proteste der Kirchen gegen diese diskriminierenden Bestimmungen ist es bisher nicht gelungen, die Regierung zur Zurücknahme ihrer Maßnahmen zu bewegen. Das malaiische Erziehungsministerium ist nicht von seiner historisch und etymologisch unhaltbaren Position abzubringen, daß diese Begriffe der arabischen Sprache ausschließlich auf die Offenbarung des Koran an den Propheten Muhamad zurückgehen und daher der profanen oder religiösen Benutzung durch Nicht-Muslime entzogen seien.

Mit der Inkulturation tun sich die Kirchen schwer

Die Christliche Vereinigung von Malaysia (Christian Federation of Malaysia), ein Zusammenschluß der Katholischen Kirche, des Malaysischen Kirchenrates und der Nationalen Evangelischen Christlichen Gemeinschaft beschloß 1989 offiziell, das gesetzliche Verbot bestimmter religiöser Ausdrücke zu ignorieren und bei der bisherigen Sprech- und Schreibweise zu bleiben, da sie in der Verfassung keine Grundlage für das Verbot entdecken können.

Die Arbeit an einer theologischen Inkulturation ist unter diesen Gegebenheiten für die christlichen Kirchen verständlicherweise nicht gerade leicht. Am entschlossensten hat sich

das Theologische Seminar der Protestanten in Kota Kinabalu auf Sabah dieser Aufgabe verschrieben; dort wird als Sprache der theologischen Reflexion und Unterrichts das Malaiische gebraucht. S. *Batumalai*, Dekan des Theologischen Seminars in Malaysia in Kuala Lumpur hat ein Programm der „Nachbarschaftskunde“ (neighbourology) entwickelt, um durch den Einsatz der sprachlichen und kulturellen Kommunikationsmittel des Landes auf ein besseres Verhältnis zwischen den Religionen, besonders zwischen Christen und Muslimen, hinzuwirken.

Die Bemühungen der katholischen Kirche sind auf diesem Gebiet eher bescheiden. In den beiden Priesterseminaren des Landes in Pinang und Kuching (Ostmalaysia) wird der Unterricht auf Englisch erteilt. Inkulturationsbestrebungen sind am ehesten in der Liturgie festzustellen. Größere Fortschritte wurden in der Stärkung der Stellung der Laien und ihrer Mitverantwortung für das Leben der Kirche und der Gemeinden in den letzten 15 Jahren erzielt. Ausgangspunkt war ein „Monat der pastoralen Besinnung“ im August 1976, als der gesamte Klerus für einen Monat an einer Fortbildung teilnahm und die Gemeinden in dieser Zeit ganz den Laien überließ. Seither wurde dieses Experiment in Abständen auf diözesaner Ebene wiederholt. Es hat sich eine Reihe von Basisgemeinden gebildet, die vor allem auf dem sozialen Sektor sehr engagiert tätig sind. Die Sorge um Gerechtigkeit und Frieden und die Bemühung um eine Verwirklichung einer Kirche der Armen haben in Malaysia viel Unterstützung gefunden. *Georg Evers*

Kurzinformationen

Abschluß der dritten Phase des katholisch-lutherischen Dialogs auf Weltebene

Mit einer Sitzung in Würzburg vom 5. bis 11. September ging die dritte Phase des katholisch-lutherischen Dialogs auf Weltebene zu Ende. Sie hatte 1986 begonnen und war vor allem dem Thema *Rechtfertigung und Kirche* gewidmet. Ein entsprechendes Dokument wurde in Würzburg fertiggestellt; es soll noch in diesem Jahr veröffentlicht werden. Die Kommission für die dritte Phase des katholisch-lutherischen Dialogs wird vom Würzburger Bischof *Paul-Werner Scheele* und dem amerikanischen lutherischen Bischof *James Crumley* geleitet. Der lutherisch-katho-

lische Dialog auf Weltebene begann bald nach Abschluß des Zweiten Vatikanischen Konzils. Seine erste Phase führte zu einem Dokument über das Evangelium und die Kirche. 1973 begann eine zweite Gesprächsphase, in der u. a. die wichtigen Dokumente über das Herrenmahl (vgl. HK, Dezember 1978, 592 ff.) und über das geistliche Amt in der Kirche (vgl. HK, November 1981, 554 ff.) erarbeitet wurden. In beiden Dokumenten konnte die Kommission ein beträchtliches Maß an Übereinstimmung in traditionell zwischen Lutheranern und Katholiken strittigen Fragen feststellen. Die Arbeit der zweiten Dialogphase mündete in das Dokument „Einheit vor uns“ von 1985 (vgl. HK, Juni 1985, 259 ff.). Es umreißt ein Modell kirchlicher Einheit zwischen

Lutheranern und Katholiken mit den drei Grundpfeilern der Gemeinschaft im Glauben, in den Sakramenten und im Amt („Dienstgemeinschaft“), wobei u. a. detaillierte Überlegungen zu einer lutherisch-katholischen Ämteranerkennung angestellt werden. „Einheit vor uns“ wurde von lutherischer Seite teilweise deutlich kritisiert, weil man darin ein zu großes Entgegenkommen an das katholische Sakraments- und Amtsverständnis gegeben sah. Angesichts der Ergebnisse der ersten und zweiten Phase war es durchaus konsequent, daß man sich in der jetzt abgeschlossenen dritten Phase grundsätzlich mit der Lehre von der Kirche und ihrem Verhältnis zur Rechtfertigung befaßte. Auch der anglikanisch-katholische Dialog widmet sich in seiner jetzigen Phase